

LIGA LIBELL 142

30. JUNI 2012

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

Die Sonne lacht wieder!

Überraschend stoppte am Freitag, dem 11. Mai der Bundesrat mit Zweidrittel-Mehrheit die geplanten Solar-Kürzungen der Bundesregierung. Ein Punktsieg für die Energiewende und ein großer Erfolg unseres gemeinsamen Engagements. Lesen Sie, wie es dazu kam!

Liebe Leser des Liga Libell,
was für ein Erfolg für die Energiewende, was für eine Niederlage für die Minister Rösler und Röttgen: Am 11. Mai lehnte der Bundesrat die von der Regierung geplanten Solar-Kürzungen mit Bausch und Bogen ab! Und zwar mit Zweidrittel-Mehrheit, sodass die Regierung den Ländern im jetzt folgenden Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat erheblich entgegen kommen muss. Gleich sechs Länder mit Regierungsbeteiligung von CDU oder FDP stoppten das Gesetz der schwarz-gelben Bundesregierung! Bis zuletzt war völlig offen, ob auch nur eine einfache Mehrheit gegen das Gesetz zustande kommen würde. Wie angespannt die Lage in der Union war, wurde beim letzten Spitzentreffen am Abend davor deutlich. „Retten Sie die Solarenergie!“, schallte es aus unmittelbarer Nähe den CDU-Ministerpräsidenten und Kanzlerin Merkel aus den Kehlen vieler Campact-Aktiver entgegen, die vor der Thüringischen Landesvertretung in

Berlin vorfuhren.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Kauder verlor die Fassung: Wutschnaubend rannte er auf uns zu: „Milliarden wollt Ihr verschwenden!“ Einer ernsthaften Diskussion verweigerte er sich zu unserem Bedauern. Ein Polizist kommentierte trocken: „Unmöglich!“. Die CDU-Ministerpräsident/innen aus Thüringen und Sachsen-Anhalt, Lieberknecht und Haselhof, freuten sich hingegen sichtlich über die Unterstützung. Lange hatte es so ausgesehen, als sei ein Ja der CDU-Länder zu den Kürzungsplänen ausgemachte Sache. Doch vor zwei Wochen signalisierten Lieberknecht und Haselhof plötzlich, eventuell mit den SPD-Ländern gegen das Gesetz stimmen zu wollen. Schließlich gefährden die Kürzungspläne in ihren Ländern besonders viele Arbeitsplätze. Auf einmal fehlte nur noch eine Stimme in der Länderkammer für eine Mehrheit. Eine Steilvorlage für Campact: In Windeseile starteten wir in den Ländern mit CDU-Beteiligung, die sich kritisch zum Gesetz geäußert hatten, Eil-Kampagnen: Berlin, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Allein 10.000 Berliner/innen zeichnen unseren Online-Appell, in Bayern sind es fast 20.000. Vor den entscheidenden Sitzungen der Landesregierungen schlugen wir jeweils mit Plakaten und vielen

Menschen von vor Ort auf, überreichen die Unterschriften. Und bei der Bundesratssitzung letzten Freitag schafften es unsere Großballons mit der Aufschrift „Energiewende nicht platzen lassen!“ bis in die Tagesschau.

Jetzt ist der Erfolg da, doch es gibt keinen Grund sich zurückzulehnen! Bei den anstehenden Verhandlungen zwischen Bundesrat und Bundestag müssen wir dafür sorgen, dass dem Gesetz die übelsten Zähne gezogen werden: Gerade für mittelgroße Fotovoltaik-Anlagen darf die Förderung nur moderat sinken, die Ausbauziele für die nächsten Jahre müssen stabil bleiben und die unpraktikable Vorschrift zum Eigenverbrauch muss fallen.

Schnell sein, Chancen ergreifen, Protest auf die Straße tragen – das sind Erfolgsrezepte unserer Arbeit. Doch die alles entscheidende Stütze sind unsere über 9.500 Förderer/innen. Ihre regelmäßigen Förderbeiträge ermöglichen Campact, aus dem Stand Kampagnen zu starten und an ihnen bis zur politischen Entscheidung dran zu bleiben. Bereits mit einem monatlichen Beitrag von fünf oder zehn Euro helfen Sie, die Handlungsmöglichkeiten von Campact entscheidend auszuweiten.

■ Fritz Mielert und Christoph Bautz
Campact/info@campact.de

Zwei Beispiele aus der Hauptstadt

Klaus Oberzig

> S. 2-4

Urwald mit Verfallsdatum

André Micklitza

> S. 4

Nachgehakt – Borgsdorf ohne Wald

Heinz-Herwig Mascher/Norbert Wilke

> S. 5-8

CSA jetzt auch in Potsdam

Norbert Wilke

> S. 10-11

Dr. Bormeister zum 85. Geburtstag

Norbert Wilke

> S. 13

Volksbegehren für Nachtflugverbot

Norbert Wilke

> S. 16

In Berlin wurden Sonnenkollektoren und Fernwärme kombiniert.

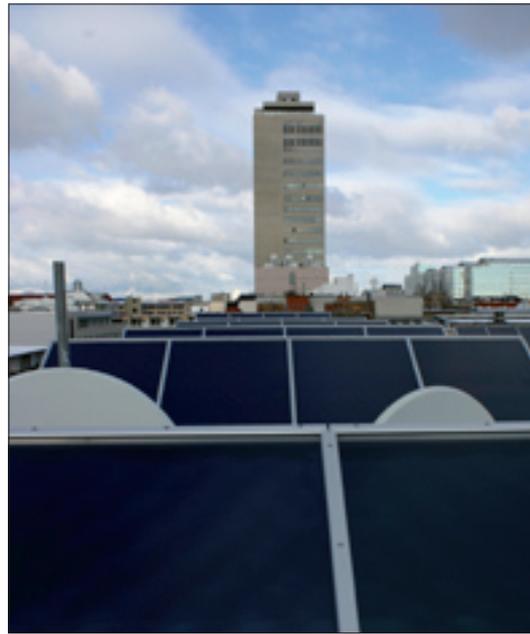
Zwei Beispiele aus der Bundeshauptstadt

Die Degewo AG aus Berlin, mit 70.000 Wohneinheiten das größte landeseigene Wohnungsunternehmen in der Bundeshauptstadt, ist Vorreiter in der solaren Modernisierung. Mit einer neuen Kombination aus Solarwärme und Fernwärme gelingt es ihr, den Bestand in Schuss zu bringen. Sogar schwer vermietbare Ladenhüter werden durch die Sonnenwärme wieder marktfähig. Die Sache klingt einfacher, als sie ist: Die Diskussion um die energetische Modernisierung des Gebäudebestandes ist von Furcht geprägt. Unter Mietern und Vermietern geht die Angst um, Klimaschutz treibe die Mieten. Der entscheidende Vorteil der Systemlösung besteht darin, dass die Investitionskosten für die Solartechnik mittels Modernisierungsumlage auf die Nettokaltmiete umgelegt werden. „Das führt mittel- bis langfristig zu steigenden Mieteinnahmen“, sagt Volker Ries, Projektleiter der Bestandsentwicklung bei der Degewo. Die Warmmiete bleibt aber stabil. Seinen Angaben zufolge werden die Kaltmieten im Durchschnitt um 20 Cent pro Quadratmeter angehoben. Ries betont, dass die höheren Kaltmieten durch die sinkenden Betriebskosten kompensiert werden. Im Schnitt amortisiert sich die Investition nach spätestens zwölf Jahren.

Die Degewo zeigt exemplarisch, dass die solare Modernisierung nicht automatisch zur Verdrängung sozial schwacher Mieter führt. Im Gegenteil: Sie garantiert hohen Wohnstandard trotz steigender Preise für Heizöl und Erdgas. Weil sie unterm Strich für die Mieter günstig ausfallen, denn die Warmmiete bleibt neutral, gibt es bislang keine Einsprüche gegen die Modernisierungen. „Das liegt auch daran, dass wir diesen ökologischen und ökonomischen Zusammenhang im Detail erläutert haben“, sagt Ries. „Die Zeiten des Leerstands in diesen Immobilien sind vorbei.“

Allerdings erfüllen nicht alle Systeme die Anforderung, warmmietenneutral zu modernisieren. Die Degewo hat sich

für die Solarenergiezentrale entschieden, um die warmen Betriebskosten um 25 bis 35 Prozent zu senken. Das System wurde speziell für Mehrfamilienhäuser entwickelt. Die Solarwärme wird direkt aus den Kollektoren zum Verbraucher geleitet. Ein Abspeichern erfolgt erst bei solaren Überschüssen. Die gesamte



Die ersten Großkollektoren auf Berliner Mietshäusern. Foto: Klaus Oberzig

Wärmeerzeugung, also auch die fossile, wird hydraulisch und regelungstechnisch zentral von der Solarenergiezentrale gesteuert. Bis heute hat die Degewo 31 Mehrfamilienhäuser mit über 2.600 Wohneinheiten modernisiert. Rund 3.000 Quadratmeter Kollektorfläche kamen auf die Dächer. „Wo es funktioniert, machen wir es“, beschreibt Ries die Unternehmensstrategie. Auch wenn der Preis der Solarenergiezentrale deutlich höher sei als der für eine konventionelle Anlage, rechne sich die Investition – über die höhere Kaltmiete. Eine herkömmliche Kesselerneuerung dagegen erzeuge nur Kosten und wirke sich nicht positiv auf die Vermietungserträge aus.

Ladenhüter erhalten neuen Wert

Seit 2005 hat die Degewo die Solarwärme in Kombination mit Erdgaskesseln eingesetzt. Im Berliner Brunnenviertel im Stadtbezirk Wedding kommt nun erstmals Solar und Fernwärme zum Einsatz. Das Areal umfasst 5.100 Wohnungen, es war in den 60er bis 80er

Jahren unmittelbar an der ehemaligen Berliner Mauer entstanden. Die Wohnungen galten als schwer vermietbar. In den kommenden zwei Jahren will die Gesellschaft zwischen 300 und 500 Wohneinheiten mit Solartechnik modernisieren. Die Kombination mit der Fernwärme ist aus Sicht des Investors besonders günstig. Denn die Kosten, um die Häuser ans Berliner Fernwärmenetz zu bringen, liegen deutlich niedriger als neue Kesselanlagen, für die zwischen 5.000 und 200.000 Euro anfallen. Zudem entfällt das alte Kesselhaus, auch alte Nahwärmenetze werden stillgelegt. Der Berliner Energieversorger Vattenfall baut derzeit sein Fernwärmenetz aus. Dass die Trassen auch ins Brunnenviertel verlegt wurden, ist „nicht zufällig passiert“, wie Jürgen Hering von Vattenfall bestätigt. Er ist zuständig für den Vertrieb im Netzbereich Ost. Vattenfall wittert ein gutes Geschäft und kooperiert mit der Degewo. Die aus Kraft-Wärme-Koppelung stammende Fernwärme hat einen Primärenergiefaktor von 0,567, wird also deutlich umweltfreundlicher erzeugt als beispielsweise in einer Kesselzentrale mit Erdgas. Für die Zusammenarbeit mit der Degewo hat Vattenfall den Stadtteil Wedding mit einer neuen Fernwärmeleitung erschlossen.

36 Prozent weniger Wärmekosten

Aber nicht nur für die Wohnblocks aus den 70er Jahren rechnet sich eine Systemlösung von Solarthermie und Fernwärme. Auch im für Berlin typischen Altbau aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg läuft die Kombination mit Erfolg. „Die Energieeinsparung liegt deutlich höher als erwartet“, sagt David Dreisbach, Sprecher der Wohneigentü-

mergemeinschaft in der Pfalzburger Straße 82. Für das Objekt liegen die Verbrauchsdaten des ersten Betriebsjahres vor. „Erreicht wurde eine Energieeinsparung von 36 Prozent, prognostiziert waren 31 Prozent – trotz des langen und harten Winters im vergangenen Jahr“, rechnet Dreisbach vor. Nachdem die alte Ölkesselanlage ausgetauscht werden musste, wurde das Haus an die in der Straße bereits vorhandene Fernwärme angeschlossen. Auf dem Dach wurden 42 Quadratmeter Solarkollektorfläche installiert. Auch in der Pfalzburger Straße läuft im Keller eine Solarenergiezentrale als Systemsteuerung. Der Gründerzeitbau in Berlin-Wilmersdorf verfügt über 22 Wohneinheiten mit 2.773 Quadratmetern Wohnfläche. Das ehemalige Mietshaus wurde in Wohnungseigentum umgewandelt. Vor der solaren Modernisierung lief im Keller ein zentraler Ölkessel, der Warmwasser erzeugte und 14 Wohneinheiten mit Heizwärme versorgte. Acht Wohnungen waren mit Gasetagenheizungen ausgestattet. Die zentral beheizte Fläche betrug lediglich 1.691 Quadratmeter. Seit der solaren

Modernisierung werden alle Wohnungen zentral beheizt und mit Warmwasser versorgt.

Der Verbrauch lag vorher durchschnittlich bei etwa 40.000 Litern Heizöl im Jahr. Der Warmwasserbedarf erreichte circa 750 Kubikmeter im Jahr. So beliefen sich die Gesamtkosten der zentralen Ölheizungsanlage im Abrechnungszeitraum von Mai 2007 bis Ende April 2008 auf immerhin 27.816 Euro – die individuellen Gasrechnungen nicht inbegriffen. Darüber existieren keine Unterlagen mehr, sie dürften aber weit im fünfstelligen Bereich gelegen haben. Nach den ersten zwölf Betriebsmonaten mit der Kombination Solar und Fernwärme lag der Gesamtverbrauch aller 22 Wohneinheiten im Zeitraum April 2009 bis März 2010 bei 32.310,88 Euro.

Fernwärme springt erst spät ein

Am Ende der Rechnung steht bei elf Prozent Modernisierungsumlage (gemäß § 559 BGB) eine Erhöhung der Kaltmiete von monatlich 0,30 Euro je Quadratmeter. Nach Auskunft der Eigentümergemeinschaft zahlen sich die sinkenden Wärmekosten so stark aus, dass die Warmmiete sogar niedriger ist als vor der Modernisierung. Mit der Kombination von Fernwärme und der Solarenergiezentrale sei jetzt eine „neue

Struktur gelegt“ worden, die sich durch eine „moderne Verteilzentrale mit effizientem Energiemanagement“ auszeichne, lobt Dreisbach die gewählte Lösung. Das sei für das Vorderhaus gleichermaßen gut wie für das nun erschlossene Gartenhaus (Hinterhaus). Auch in der Pfalzburger Straße haben die sinkenden Energiekosten mehrere Ursachen: Zum einen ersetzt die Solarwärme teure fossile Brennstoffe. Zum anderen bedeutet der Umstieg von Öl auf Fernwärme eine weitere, deutliche Kostenentlastung, da Fernwärme gegenwärtig deutlich billiger als Ölwärme ist. Das betrifft auch die Hausanschlusskosten für die Fernwärme. Der dritte Grund liegt im Steuersystem der Solarenergiezentrale: Sie leitet die Solarwärme direkt aus den Kollektoren zum Verbraucher. Solare Überschüsse werden in Speichern gepuffert. Auf Fernwärme greift die Steuerung erst zurück, wenn Solarkollektoren und Speicher nichts mehr liefern.

Mit der Solarenergiezentrale kauft der Investor eine gläserne Heizung, denn sie macht die Wärmekosten transparent. Möglich wird das durch eine umfangreiche Sensorik. Die Wärmemengenzähler liefern via Internet Informationen über die von der Regelung verteilten Energiemengen und bilden die Kosten ab. Die gesamte Wärmeerzeugung wird hydraulisch und regelungstechnisch von dem intelligenten Wärmemanager geführt. Auf dieser Basis lässt sich eine Fernparametrierung durchführen, die alle Parameter – nicht nur Vor- und Rücklauftemperaturen – erfasst. Solche komplexen Managementsysteme zur Fernüberwachung und Fernsteuerung gab es bisher nur bei großen gewerblichen Anlagen oder in der Photovoltaik. Nun halten sie auch im Geschosswohnungsbau Einzug.

Eine Blaupause für den Altbestand

Die Solarenergiezentrale wurde von der Berliner Firma Parabel Energiesysteme entwickelt. Parabel hatte die Energieeinsparung in der Pfalzburger Straße mit 31 Prozent prognostiziert. Trotzdem war es für die Eigentümergemeinschaft spannend, ob die Umstellung der Heizbeziehungsweise Nebenkostenpauschalen klappen würde. Denn eine Abkehr von den in den 60er und 70er Jahren so beliebten Gasetagenheizungen hatte mancher Mieter mit gemischten Gefühlen gesehen. Die Eigentümergemeinschaft entschied sich frühzeitig dafür, allen Mietern bei

der neuen Heizkostenpauschale freie Hand zu lassen. Manche Mieter wählten einen verminderten Betrag, andere zahlten den alten Betrag einfach weiter. Allen gemeinsam war eine gewisse Unsicherheit, wo sich die zukünftige Heizkostenpauschale einpendeln würde. Bei der von der Firma Techem vorgelegten Abrechnung für den Zeitraum Mai 2009 bis April 2010 entstand dadurch erst einmal ein differenziertes Bild, das von Rückerstattungen in Höhe von 800 Euro bis zu Nachzahlungen von 600 Euro reichte.

Alle haben gespart

Beim Vergleich mit den Heizungs- und Warmwasserkosten der Vorjahre stellte sich aber schnell heraus, dass alle gespart hatten, auch wenn die Berechnung nicht allen Mietern sofort einsichtig war. Kein Mieter hat sich über die Umstellung der Heizung auf die Kombination aus Solarthermie und Fernwärme beschwert. Im Gegenteil: Dank der sinkenden Warmmieten wuchs die Zustimmung zur solaren Wärme. Die Solarenergiezentrale zeigt, dass solarthermische Anlagen auch im Geschosswohnungsbau erfolgreich sein können, spricht: wirtschaftlich im Sinne von Energiekosten und der Vermietung. Vorausgesetzt, sie werden richtig geplant, gebaut und betrieben. So gesehen ist die Modernisierung der Pfalzburger Straße 82 eine gelungene Blaupause für vergleichbare Mietshäuser. Sie belegt, dass man die Heiztechnik erneuern und später dämmen kann. Daniel Dreisbach weiß, dass er innerhalb der nächsten zehn Jahre um eine bauphysikalische Modernisierung, sprich Dämmung des Altbaus, nicht herumkommt. Aber die solare Systemtechnik lässt sich an den dann deutlich geringeren Verbrauch ohne Probleme anpassen. Lediglich die Kosten für die Fernwärme werden in den Keller gehen.

Eine Kombination mit Pilotfunktion in der Fernwärmeverversorgung der Bundeshauptstadt durch Vattenfall Europe gibt es aufgrund der geschichtlichen Teilung zwei technisch unterschiedliche Systeme: das Dreileitersystem im Versorgungsgebiet West und das Zweileitersystem im Osten. Das Dreileitersystem, von dem in unseren beiden Beispielen gesprochen wird, besteht aus zwei Heizwasservorläufen und einem Rücklauf. Ein Vorlauf versorgt die Heizungsanlage der Kunden

und wird abhängig von der Außentemperatur gleitend gefahren. Der zweite Vorlauf, der eine konstante Temperatur (Konstantleiter) aufweist, dient zur Bereitstellung von Warmwasser. Von Vorteil sind die bessere verbrauchsabhängige Regelmöglichkeit und der geringere Wärmeverlust durch den gleitend gefahrenen Vorlauf. Durch die dritte Rohrleitung ist die Verlegung jedoch kostenaufwendiger als ein Zweileitersystem. Die Abrechnung der Wärmekosten durch Vattenfall Europe unterscheidet zwischen Grundpreis (verbrauchsunabhängig) und Arbeitspreis (verbrauchsabhängig). Der Grundpreis wird für den Anschluss an das Fernwärmenetz bezahlt und hängt von seiner Di-

mensionierung (dem Anschlusswert) ab. Die tatsächlich verbrauchten Wärmemengen für Raumheizung und für die Wasseraufbereitung bilden den Arbeitspreis. Dieser wird in Megawattstunden oder Kubikmetern auf den jeweiligen Zählern angezeigt. Die Kombination der Fernwärme mit Solarthermie reduziert zum einen den Anschlusswert für den Kunden. Er zahlt einen niedrigeren Grundpreis. Zum anderen substituiert die Solarwärme einen Teil der Fernwärme, was sich positiv im Arbeitspreis niederschlägt. Wird das Gebäude zudem gedämmt, sinken die Wärmekosten noch mehr.

■ Klaus Oberzig



Die Randbebauung des Komplexes Schlangenhäuser Strasse in Berlin-Schmargendorf wurde 2006 solar modernisiert. Foto: Marc-O. Thiem

Urwald mit Verfallsdatum – Relikte von Pücklers Jagdpark bei Weißwasser vom Tagebau Nochten bedroht

Noch stehen jahrhundertalte Bäume, so wie sie Hermann von Pückler schon beeindruckten. Aber der urtümliche Wald lichtet sich. Der Tagebau Nochten in Nordsachsen rückt unerbittlich vor. Die Reste des Urwalds von Weißwasser und die wenigen Steine des einstigen

Jagdschlusses des Fürsten Pückler sind nicht leicht zu finden. Vom Bahnhof Schleife läuft man etwa sieben Kilometer südlich, vom westlichen Stadtrand von Weißwasser führt die Rennbahn hierher – der ehemalige Reit- und Kutschenweg des Grünen Fürsten in sein geliebtes Rückzugsgebiet.

Doch lange lohnt die Suche nicht mehr, wenn es nach den regionalen Kleingeistern und der Energiewirtschaft geht. Ausgerechnet hier, wo die Liebe Hermann von Pücklers zur Natur geboren wurde, droht sich bald die Wüste eines Tagebaus auszubreiten. Die Parks von Muskau und Branitz existierten heute nicht, hätte es diese Schule der Natur bei Weißwasser nicht gegeben. Gern zog sich Pückler für Tage und Nächte vom Muskauer Schloss in sein Cottage am Jagdschloss zurück, um in aller Stille an seinen Manuskripten zu arbeiten – hier entstanden seine Andeutungen über Landschaftsgärtnerei, bis heute ein Standardwerk. In diesem Wissen könnte die Chance für die Stadt Weißwasser auf künftigen Weltkulturerbe-Ruhm bestehen, verbunden mit Wiederbelebung des fürstlichen Weges zwischen Muskau und dem Jagdschloss. Warum nicht das Jagdschloss wiedererstehen lassen,

so wie das Neue Schloss im Muskauer Park? Im Urwald und den benachbarten Forsten gedeihen bedrohte und anderswo in Sachsen ausgestorbene Pflanzen. Darunter sind Knabenkräuter, Bunte und Sibirische Schwertlilie. Und wer kennt die Weiße Waldhyazinthe, Graslilie oder Katzenminze? Sogar eine weltweit einmalige Kreuzung zwischen Blau- und Preiselbeere soll hier wachsen.

Die Sorbin Edith Penk liebt die Natur seit Kindertagen und kennt den heimatischen Wald wie ihre Schürzentasche: „Selbst ein in Geldnot geratener Pückler hat die Baumriesen nicht zu Geld gemacht. Der Urwald Weißwasser lässt sich mit dem berühmten Urwald von Bialowie-

za an der polnisch-weißrussischen Grenze vergleichen, welcher auch über 700 Jahre von Königen unberührt gelassen wurde.“ Die heutigen Herrscher kennen eine solche Zurückhaltung nicht. 1840 kehrte Pückler von einer mehrjährigen Reise zurück. Begleitet wurde er von einer dunkelhäutigen Schönheit aus der äthiopischen Wüste. Das Paar bewohnte in den ersten Tagen das Jagdschloss. Und so schließt sich der Kreis: Das geliebte Mädchen kam aus der ostafrikanischen Wüste und jetzt wird hier in der Oberlausitz bald Wüste sein. Das hätte sich Fürst Pückler wohl auch in seinen schlechtesten Träumen nicht vorstellen können.

■ André Micklitz



Jagdschloss und Oberförsterei um 1870, Lith. Anstalt W. F. Preller
Quelle Internet <http://www.wikipedia.org>

NACHGEHAKT § Sonderheft alte Verfahren der Grünen Liga Brandenburg

ALTE VERFAHREN WIEDER AUFGEROLLT

Borgsdorf ohne Wald? – 15 Jahre später

„Unsere Unterschrift unter den Antrag zur Umwandlung des Waldes ist nicht eintragbar“, tönte der Landwirtschafts und Forstminister Edwin Zimmermann (SPD) anlässlich einer Vor-Ort-Veranstaltung in Borgsdorf. Der Minister nahm an einer Aktion von Schulkindern im September 1997 teil, die gegen die Vermüllung des ortsnahen Waldes einen Waldputz organisiert hatten. Mitglieder einer Bürgerinitiative drängten den Minister zur obigen Aussage. Was war geschehen? Anfang der 90iger Jahre gab es Planungen, die lukrativen Flächen entlang der B 96 zwischen Borgsdorf und Oranienburg, günstig an der Autobahn gelegen, zu vermarkten. Mehr als 20 ha Wald sollten gerodet werden. Beantragt wurde sozialer Wohnungsbau, gedacht war aber von Anfang an die Flächen kommerziell zu nutzen.

Bereits 1992 gab das zuständige Forstamt Borgsdorf eine notwendige Entbehrungserklärung für die Waldflächen ab. Schnell fanden die Flächen Interessenten und so kam die Firma Pflanzenkölle ins Gespräch. Die zuständigen Gemeinden hatten das Bauvorhaben von Anfang an unterstützt. Die damalige Bürgermeisterin von Hohen Neuendorf, Monika Mittelstädt (CDU), verteidigte gegenüber Forstminister Zimmermann die Forderung nach einer Umwandlungsgenehmigung. Gegen diese Planungen wuchs schnell ein massiver Bürgerprotest. Für die Anwohner war der Wald ein wichtiger Naherholungs-ort, er stellte einen Grünflächenkorridor gegen die zusammenwachsenden Orte im Berliner Umland dar, Wasserspeicher, Artenschutz, Klimaschutz, Schadstofffilterung und Erholungsnutzung waren immer wieder genannte Begriffe, die von den Waldbefürwortern in die Diskussion geworfen wurden. Fachbehörden, wie die Untere Naturschutzbehörde, lehnten das Vorhaben zuerst ebenfalls ab, der Naturschutzbeirat des Landkreises Oberhavel wurde nicht beteiligt. Er meldete sich aber ebenfalls mit einer ablehnenden Stellungnahme zur Waldumwandlung zu Wort.



So sieht es heute aus – Haupteingang zum Gartencenter. Foto: N. Wilke

Eine wichtige Adresse der aufgebrachten Bürger war die SDW Oberhavel die den alten Postenturm im Mauerstreifen bei Hohen Neuendorf für die Schutzgemeinschaft ausgebaut hatte. Gut 150 Bürger versammelten sich am 12. Januar 1998 im Borgsdorfer Wald anlässlich einer nun organisierten Protestwanderung. „Wir wollen mahnen und uns stark machen, damit wir diesen Wald erhalten können“, sagte Helga Garduhn, die Vorsitzende der SDW Oberhavel. Gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Borgsdorfer Wald“ und dem Förderverein Barnim hatte sie aufgerufen, erneut gegen die geplante Waldrodung zu protestieren. Damals gab es sogar ein „Aktionsbündnis junger Leute gegen Umweltraubbau in der Großgemeinde“, welches sich regelmäßig an den Protesten beteiligte. Die Bürgerinitiativen erreichten zwei Änderungen der Planungen, die betroffene Fläche schrumpfte. Es blieben aber noch immer 12 ha Wald übrig, die von den Planungen betroffen waren: „Alternativflächen sind vorhanden, etwa das

Kirchenfeld in Birkenwerder mit 5,9 Hektar. Aber das scheint dem Investor nicht zu gefallen weil er von der B 96 aus gesehen werden will. Aber wir wollen den Wald,“ so Dr. Wagner, Sprecher der Borgsdorfer Bürgerinitiative. Er sollte Recht behalten. Hoffnungen, Pflanzenkölle würde sich zurückziehen, erfüllten sich nicht.

Mit Schreiben vom 13. Februar 1998 gab das Umweltministerium (MUNR) bekannt, dass die für den Pflanzenmarkt und das Wohngebiet vorgesehenen Flächen nicht in das Landschaftsschutzgebiet „Westbarnim“ mit einbezogen würden. Der Gemeinde wurde mitgeteilt: „Der diesem Schreiben als Anlage beigefügte Flurkartenausschnitt ist Bestandteil dieses Schreibens. Damit stehen die Festsetzungen des zukünftigen LSG Ihrem Vorhaben, der Umsetzung der Bebauungspläne Nr. 1.2 in der Fassung vom 26. Juni 1997 und des Bebauungsplanes Nr. 1.3. in der Fassung vom 29. Mai 1997, nicht mehr entgegen.“

Das Ministerium für Umwelt und Naturschutz und Raumordnung (MUNR) verringerte dadurch zwar den Widerstand gegen die generelle LSG-Ausweisung Westbarnim, den Wald bei Borgsdorf hatte es aber dadurch verkauft. Der Bürgerinitiative war nun klar, dass ein schnelles Handeln notwendig war, spätestens mit Beginn der Vegetationsperiode würden die Flächen gefällt werden. Die Verabschiedung der B-Pläne durch die Gemeinde war nur eine Frage der Zeit. Es gab einen Krisengipfel der Verbände NABU, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und der GRÜNEN LIGA, hier sollten nun die weiteren notwendigen Maßnahmen abgesprochen werden. Klaus Kölle hatte inzwischen die 5,2 ha Wald an der B 96 käuflich erworben und damit die Ausbaupläne zementiert. Inzwischen hatten über 5.000 Menschen gegen die Waldrodung unterschrieben, davon 1953 aus dem Gemeindeverband Borgsdorf – Birkenwerder – Hohen Neuendorf. Die Verbände planten alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, alle Behörden sollten angeschrieben werden, Fritz Grunert SDW-Mitglied und SPD-Landtagsabgeordneter sollte eine Landtagsanfrage stellen, die regionalen Gartenbaubetriebe sollten über mögliche Konsequenzen in-

formiert werden und ein Rechtsgutachten sollte über den IDUR eingeholt werden. Der betroffene Wald sollte genauestens kartiert und bewertet werden. Es handelte sich um etwa 60jährigen Mischwald aus Eiche, Kiefer, Ahorn mit vielen Sträuchern im Unterbau mit einer entsprechend interessanten Tierwelt.

Am 21. März 1998, dem Tag des Waldes, trat das gemeinsame Landesplanungsrecht von Berlin und Brandenburg in Kraft. Helga Garduhn gab in einem Zeitungsartikel der Hoffnung Ausdruck, dass nunmehr ein Überdenken der Planung im direkten Berliner Umland einsetzen würde. Im Vertrag heißt es: „Ein abgestimmtes Handeln nach außen eröffnet gute Chancen, den gemeinsamen Wirtschaftsraum unter Wahrung der Lebensgrundlagen zu stärken und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen zu schaffen.“

Das tat der Vertrag dann auch, allerdings anders als ursprünglich interpretiert. Es fand und findet im Berliner Umland eine absolute Unterordnung unter die wirtschaftlichen Interessen eines nach dem Mauerfall expandierenden Molochs statt.

Anfang Mai überschlugen sich die Ereignisse, nachdem Landesforstmeister Henning die Entbehrlichkeitserklärung erneuert hat, begannen die Rodungen in bester Vegetations- und Brutzeit. Ehe per einstweiliger Verfügung vor dem Verwaltungsgericht Potsdam ein Fällungsstopp erreicht werden konnte, mussten die Verbände den Verlust von zwei Hektar Wald hinnehmen.

Klaus Kölle, Geschäftsführer von Pflanzenkölle, erklärte gegenüber dem Oranienburger Generalanzeiger am 8. Mai 1998: „Als Mensch und Gärtner tut es mir weh, dass jetzt gerodet wird.“ Doch die Verzögerungen habe er nicht zu verantworten. Die Untere Naturschutzbehörde hat das Vorhaben zu lange boykottiert und erst auf Anordnung von oben gehandelt. Nicht nur diese Aussage erzeugte die Wut, die sich

am folgenden Wochenende auf einer Protestveranstaltung auf der gerodeten Fläche entlud. Mehr als 300 Menschen hatten sich an der B 96 versammelt, ein Kölle-Boycott wurde verlangt, „Kölle fährt zur Hölle“ war auf einem Transparent zu lesen, Bilder der verantwortlichen Gemeindevertreter sollten an den restlichen Bäumen befestigt werden. Helga Garduhn erklärte enttäuscht: „Das Geld am Ende des Tunnels hat gesiegt.“, der Landschaftsplaner Ralf Ludwig fügte hinzu, dass es 1992 einen Rahmenplan gegeben hatte. Der habe besagt, dass der Wald nur für sozialen Wohnungsbau oder für ein übergeordnetes Gemeinwohl abgeholzt werden dürfe. Die Genehmigung zur Abholzung hätte nie erteilt werden dürfen. Die GRÜNE LIGA Brandenburg protestierte mit einer Pressemitteilung und einem Schreiben an Pflanzenkölle ebenfalls gegen die Fällungen.

In seinem Antwortschreiben vom 28. Mai verwies Klaus Kölle darauf, dass es sich um ein vom Wirtschaftsministerium gefördertes Vorhaben handele und er trotz Bedenken den Vertrag mit der Gemeinde abgeschlossen hat. Der Gemeinde waren die 60 Arbeitsplätze wichtig. Sollte er nunmehr von seinem Vorhaben zurücktreten, kann ihn die Gemeinde regresspflichtig machen. Ein Alternativstandort sei ihm weder von der Gemeinde noch von den Vorhabensgegnern angeboten worden. Wenn die GRÜNE LIGA hierzu einen Vorschlag machen könnte, würde er ihn prüfen. Er versprach eine schonende Ausführung des Vorhabens und sagte zu, zusätzlich 90 Altbäume entlang der B 96 und der Poststraße zu belassen.

Ein Termin vor dem Potsdamer Verwaltungsgericht am 28. Mai 1998 sollte nun eine rechtliche Klärung der Situation herbeiführen. Das Gericht sah die Veränderungssperre für das alte LSG „Westbarnim“ verletzt, bei einer Neuausweisung des im Verfahren befindlichen Landschaftsschutzgebietes wäre die beklagte Fläche aber nicht mehr im Schutzgebiet. Die Borgsdorfer Entwicklungsgesellschaft war der Bitte des VG nachgekommen und hatte die Fällungen Anfang Mai gestoppt, daher wurde die Einstweilige Verfügung der SDW als Klageführer gegen Fällung nicht erlassen. Die Klage gegen die Waldumwandlung wurde vom Gericht zuerst angenommen, am 28. Mai aber für unzulässig erklärt. Die SDW hatte den Eilantrag zuvor zurück genommen. Der Rodungsstopp wurde vom Verwaltungsgericht verlängert. Eine generelle



Neue Bäume braucht das Land – Parkplatzskulptur bei Pflanzenkölle. Foto: N. Wilke



Rettet diesen Wald! – Forderung der Bürgerinitiative vom Sommer 1998.
Foto: Norbert Wilke

Klärung erfolgte nicht. Weiterhin waren auch Klagen von Anwohnern gegen die Waldumwandlung anhängig. Anfang September 1998 war es dann soweit, fassungslos vermeldete Steffen Hercher, Landessprecher der GRÜNEN LIGA per Pressemitteilung am 8. September:

„Mit großer Bestürzung hat die GRÜNE LIGA zur Kenntnis genommen, dass in den Abendstunden des 7. September (Samstag) die rechtlich umstrittenen Waldrodungen für den Kölle Pflanzenmarkt in Borgsdorf wieder aufgenommen wurden. Die Baumfällungen dauerten die ganze Nacht über an, somit war es den Gegnern dieses Vorhabens unmöglich per einstweiliger Verfügung die Arbeiten erneut zu stoppen.“

Gegen diese Tatsachenentscheidung gab es kein Mittel mehr und so blieb dem Anwalt Karsten Sommer nichts weiter übrig als seinem Unmut ebenfalls öffentlich zu machen:

„... es dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben, dass der Borgsdorfer Wald gefallen ist. Unsere intensiven Bemühungen, kurzfristig vom Verwaltungsgericht Potsdam und dem Oberverwaltungsgericht Frankfurt/Oder einen Baustopp zu bekommen, sind gescheitert. Damit ist zugleich die für Natur- und insbesondere Waldschutz äußerst bedeutsame Frage für das Land Brandenburg zunächst negativ entschieden, ob eine Waldumwandlungsgenehmigung von Anwohnern angefochten werden kann.... Eine Fortsetzung des Klageverfahrens wird es in diesem Fall wohl nicht geben, da nach Fällung dem Kläger kein Recht-

schutzinteresse mehr zusteht.“

Am 1. Oktober 1999 konnte dann in der MAZ stolz mitgeteilt werden: „Neues Gartencenter in Borgsdorf“. Im Artikel heißt es: „Im traditionellen Grün präsentiert sich das Unternehmen von der B 96 aus, doch erst die Einfahrt in die Rosenstraße zeigt, was sich hinter diesen Hallen verbirgt. Auf diesem Areal investierte Kölle 1 Million Mark in Bäume, Sträucher und Blumen. Von heimischen Gehölzen bis zum Gingko und dem Japanischen

Ahorn sind zahlreiche Pflanzen schon im Außenbereich zu bewundern. Neben den reichlich vorhandenen Parkplätzen, es sind 600, den Ruhezonen mit Bänken und einer Cafeteria ist bei Kölle auch ganz besonders an die Kinder gedacht.“

Als weitere Parameter werden noch 8.000 m² Verkaufsfläche, drei Klimazonen und 3.500 m² Modellgärten genannt. Es war der dritte Köllemarkt in Berlin-Brandenburg. Etwa 80 Fachkräfte haben laut MAZ eine Anstellung gefunden.

Heute nun ist der Markt in der Region etabliert, von Boykott der Anwohner keine Spur. Die Schaugärten sind angewachsen und haben sich entwickelt, die zugesagten Altbäume an der B 96 stehen als Sichtschutz zur Bundesstraße. Ein schwacher Trost: Der kleine Waldweg von der Kreuzung an der B 96 zum Wohngebiet, auf dem damals die Protestwanderung stattfanden, existiert noch. Spätestens wenn aber die Rückseite des Gartencenters erreicht wird, spürt man, dass hier ein Fremdkörper mitten im Wald steht. Der Wald westlich der B 96 konnte bisher noch erhalten werden, die Ackerflächen an der Bundesstraße sind mittlerweile alle bebaut.

Die seinerzeit im Rahmen der Planungs- und Genehmigungsverfahren geforderten Ersatzpflanzungen sind dagegen nach nunmehr 15 Jahren noch immer nicht realisiert worden.

■ Norbert Wilke

Großes Gewinnspiel bei Pflanzen Kölle
Gewinnen Sie: drei prächtige Hektar Wald

Teilnahmekarten sind bei der BI Borgsdorf erhältlich



Adresse: _____
Name: _____
Straße: _____
Wohnort: _____

Frage:
Wieviel Wald holzt Pflanzen Kölle für seine neue Filiale bei Borgsdorf ab ?

Antwort:

1.	5 Hektar
2.	3 Hektar
3.	1 Hektar

Viel Glück

Freu Dich drauf !
Aktionsbeginn: 01.06.1998
Einsendeschluss: _____
Verlosung: _____

Pflanzen
Ihr Gärtner Kölle

Die GRÜNE LIGA fühlte sich verpflichtet, im Sommer 1998 ein kleines Gewinnspiel zu initiieren. Der Gewinn kam dann allerdings abhanden.

Was wurde aus den geforderten Aufforstungen bei Pflanzenkölle?

Die Akte „Kölle in Borgsdorf“ ist noch nicht geschlossen. Der vernichtete Wald müsste laut Gesetz an anderer Stelle neu aufgeforstet werden. Ist er aber bis heute nicht. Vorgesehen war die Aufforstung zwischen dem Ortsteil Pinnow und Velten. Es gab aber Probleme, weil die Regionalplanung an dieser Stelle „Rohstoffsicherung“ vorgesehen hatte – und Bergrecht bricht alles andere Recht. Aber erst jetzt wird der Kiesabbau an dieser Stelle in Angriff genommen. Andere Stellen zum Aufforsten jedoch gab es auf den Gemarkungen der drei ehemaligen Gemeinden kaum noch. Fast alles, was nicht Wald war, wurde in den letzten hundert Jahren zugebaut mit Eigenheimen. Ein paar Wiesen, die noch in Frage gekommen wären, waren ökologisch zu hochwertig, um sie aufzuforsten. Und wer gehofft hatte, mit der Zwangseingemeindung von Stolpe 2003 würde sich Aufforstungsfläche finden, wurde auch enttäuscht: Das ehemalige Gut, nach Konkurs in der Weimarer Zeit von der Stadt Berlin ersteigert, ist an den „Pferdesportler“ Schockemöhle verpachtet. Und die Stolper Bauern hatten ihr Land längst für eine Besserverdiener-Siedlung mit angeschlossenem Golfplatz versilbert.

Aber es braucht noch mehr Bauland, das nicht da ist: Eine neue Schule, zwei Altenheime und die Erweiterung eines Sportplatzes in Borgsdorf fraßen weiteren Wald. Proteste ignorierte man. Es rächte sich jetzt, dass die Gemeinden keine vorsorgende Bodenpolitik betrieben, sondern alles an frei werdenden Grundstücken dem allwissenden klugen „Markt“ überlassen hatten. Und selbst die Bündnisgrünen, die durch die Antikölle-Proteste in den Gemeinderat gelangten, nickten unter Führung des damaligen Stadtverordneten und Landesschatzmeisters Goetjes Baumfällungen für die Schule und den Sportplatz Niederheide sowie an der Kita Bergfelde als „alternativlos“ ab.

Keine Hoffnung, nirgends Verstand nachgewachsen? Doch, es tat sich was. Der Stadtteil Bergfelde braucht für seinen Fußballverein einen neuen Sportplatz. Wieder soll Wald fallen. Doch dieses Mal gibt es ein Problem: Der vorgesehene Wald ist Hundesportgelände. Und

die Anwohner gehen auch hier auf die Barrikaden. Die Stadtverwaltung vergaloppiert sich mit ihren Planungen im Paragraphenwirrwarr. Und es gibt einen unkonventionellen Standortvorschlag: Die Nachbargemeinde Schönfließ hat ihre Freiräume bewahrt. Direkt hinter den letzten Gartenzäunen von Bergfelde ist Platz für den Sportplatz. Doch dann kommen Bürgermeisterwahlen dazwischen, statt der CDU stellen die „Linken“ den Bürgermeister, der in seinem Kollegen von der Nachbargemeinde, einem CDUler, natürlich keinen Unterstützung für diese Idee hat. Und natürlich gibt es auch Anwohner, denen der neue Standort nicht passt. Der Sportplatz ist immer noch nicht in Bau.

Dann kommt die Landtagswahl 2009. Der Verkehrsminister will mit neuen Umgehungsstraßen Punkte sammeln und schlägt für Hohen Neuendorf zwei Umgehungsstraßen vor. Aber jetzt dreht sich der Wind. Die Leute fragen, ob eine neue Havelbrücke, die Vernichtung des Herthamoors und weitere Waldzerstörung wirklich sein müssen. Das Herthamoor war übrigens mal ein See, den die DDR-Grenztruppen wegen der Mauer zerstört

hatten. Die Trassen haben eine Schwachstelle: Sie verlagern Verkehrsprobleme nur auf andere Straßen, eine wirkliche Umgehung hätte durch Berliner Gebiet führen müssen. Es gibt so viel Protest, dass diese Planungen schließlich aufgegeben werden.

Und jetzt soll wieder Wald verschwinden: Die Autobahn soll zwei neue Spuren bekommen – und eine überdimensionierte Tank- und Rastanlage im Wald bei Bergfelde. 17 Hektar Wald sollen zubetoniert werden. Eine nachvollziehbare Begründung, warum gerade hier, wird nicht gegeben. Seit drei Jahren kämpft eine Bürgerinitiative dagegen. Das Ministerium nimmt die Proteste jetzt so ernst, dass noch mal geprüft wird, ob es nicht doch woanders ginge. Eine Alternative wäre der ehemalige Flugplatz Oranienburg. Der Bundesminister winkte ab: Da müssten die LKWs drei Kilometer vom Autobahnkreuz Oranienburg auf eine vierspurige Bundesstraße fahren. Wenn das kein unüberwindliches Hindernis für eine vernünftige Lösung ist...

■ Heinz-Herwig Mascher



Auf dem Holzweg? Heutige Einfahrt zum Pflanzenmarkt. Foto: N. Wilke

Erneut Baumfällungen in Eberswalde

Mit Argwohn und Bedauern beobachte ich seit geraumer Zeit, dass im Zentrum der Kreisstadt Eberswalde immer mehr Grünflächen in einem rasanten Tempo kostenintensiven und zugleich in ihrer Sinnhaftigkeit zweifelhaften Baumaßnahmen zum Opfer fallen. Bereits vor etwa einem Jahr ließ die Wohnungsgesellschaft WHG auf der anderen Seite des Finowkanals am Rande des Leibniz-Viertels eine große Grünfläche mit Hecken und Bäumen abholzen. Die Umsetzung etwaiger Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für diese Zerstörungen ist mir nicht bekannt. Im Herbst letzten Jahres erfolgte die Entfernung von Bäumen an der Schwärze und der Bau einer ökologisch nicht verträglichen bzw. nicht zeitgemäßen Uferbefestigung. Nun war die andere Seite des Finowkanals für den Bau der millionenteuren Finowkanalpromenade, eines ehrgeizigen Projekts des Eberswalder Bürgermeisters, an der Reihe. Demnächst wird sicherlich die Grünfläche an der Friedrich-Ebert-Straße dem Bau neuer Wohnungen und

Geschäftshäuser zum Opfer fallen. Die Gehölze nahe des Finowkanals boten zahlreichen Vogelarten Unterschlupf, Lebensraum und Nahrung. Heimisch war hier beispielsweise die Nachtigall, deren Gesang man bis in die Innenstadt hinein hören konnte – ihr zentrumnahes Vorkommen hatte Eberswalde ein besonderes Flair gegeben. Dies wird nun sicherlich der Vergangenheit angehören. Mächtige Korbweiden mit Misteln und Efeu wurden abgeholzt. Die Beeren der Misteln boten zahlreichen Durchzügler-Vogelarten eine gute Nahrungsquelle. Der Kirchhang war seit vielen Jahren der einzige Ort in der Innenstadt, der von den dort wohnenden Kindern im Winter gern zum Rodeln angesteuert wurde, weil er schnell zu erreichen ist. Auch dieser Rodelhang wird den ehrgeizigen Plänen des Bürgermeisters, sich offensichtlich Baudenkmäler setzen zu wollen, weichen. Pläne, die an den Erfordernissen des Naturschutzes und an einer fortschrittlichen Stadtplanung sowie an den Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit der Bürger

und Anwohner vorbeigehen. Entstehen werden Grünflächen von geringem ökologischen, ästhetischen und funktionellen Wert, teuer in der Realisierung und Pflege sowie zeitgemäß „modern gesichtslos“. Vermutlich mit kleinen Bäumchen oder Sträuchern, die zudem keine heimischen Pflanzenarten darstellen.

Ich habe kein Verständnis für die Vorgehensweise von Herrn Boginski, das Gesicht Eberswalde auf diese radikale und äußerst fragwürdige Weise verändern zu wollen. Im Geiste Boginskis wird dies wahrscheinlich noch als eine Aufwertung Eberswaldes verstanden und als solche öffentlichkeitswirksam proklamiert werden.

■ Andreas Steiner

GRÜNE LIGA Brandenburg & Naturfreunde Oberbarnim-Oderland

Der tägliche Blick hinter die Kulissen:
www.NachDenkSeiten.de
www.bar-blog.de

Linden auf dem Johanniskirchplatz in Brandenburg gesichert

Im März diesen Jahres wurden Pläne bekannt, nach denen die mehrhundertjährigen Linden auf dem Johanniskirchplatz in Brandenburg an der Havel für einen Parkplatzbau gefällt werden sollten. Die Parkplätze sollten von den Anwohnern genutzt werden und auch für die bevorstehende Bundesgartenschau BUGA bereitstehen. Es ist in vielen Städten im Vorfeld einer Gartenschau mehr Grünfläche verschwunden als später angelegt wurde.

Eigentlich sind diese Altbäume laut Baumschutzsatzung der Stadt vom 13. Januar 2005 rechtlich gesichert. Darüber hinaus stünde das Fällen der Bäume im Widerspruch zu dem von der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2010 beschlossenen Baummoratorium, wonach bei baulichen Planungen der Schutz und der Erhalt existierender Bäume zu bevorzugen sind.

Die GRÜNE LIGA Brandenburg hatte am



22. März 2012 mit einer Pressemitteilung auf die geplanten Fällungen hingewiesen und die Planungen als rechtswidrig verurteilt. Erfreulicherweise wurde auf der Sitzung der Stadtverordnetenversamm-

lung am 4. April die Planung für den Johanniskirchplatz gekippt und der Erhalt der Bäume beschlossen. Ein kleiner, aber schöner Erfolg für ein grüneres Brandenburg. ■ Norbert Wilke

Selbstversorgung jetzt auch in Potsdam

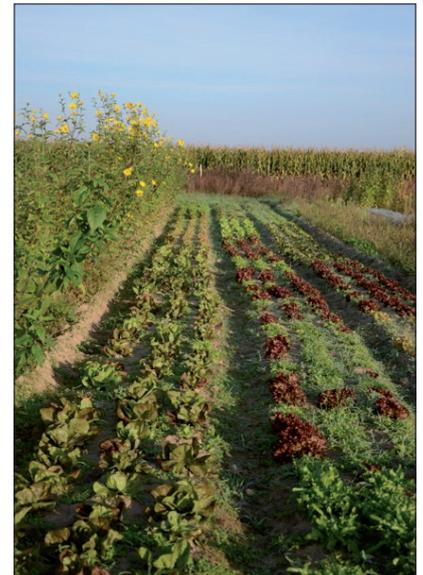
Seit einiger Zeit trägt die Idee der Gemüse-Versorger-Gemeinschaften (CSA – Community Supported Agriculture) auch im Berliner Umland Früchte. Gemüse-Versorger-Gemeinschaften sind eine Form der Direktversorgung, mit der ein Teil der Ernte eines Hofes von einem festen Personenkreis zu einem festen Preis pro Monat abgenommen wird. Dazu gehört auch Mithilfe bei Organisation und Anbau. Deutschlandweit arbeiten bereits 23 Höfe nach diesem Modell (www.solidarische-landwirtschaft.org). Mehrere Landwirte suchen jetzt auch in Potsdam Menschen, die sich stadtteilbezogen in Gruppen organisieren. Die Koordination zwischen Landwirt und Gruppe sowie die Ausgestaltung der Kooperation erfolgt mit fachkundiger Beratung. Vorteile: ökologisch und regional (max. 80 km von Berlin entfernt) aus kleinbäuerlichem

Anbau, tagesfrische Ernte, angemessener Preis durch kurze Wertschöpfungskette (direkter Weg vom Bauern zur Gemeinschaft), Mitbestimmung bei Anbau und Preis, Ernährungssouveränität (Vollversorgung mit Gemüse statt globaler Geld- und Handelsströme), Wertschätzung gegenüber dem Landwirt, direkter Beitrag zum Erhalt von Natur und regionalen Arbeitsplätzen und Gemeinschaftsbildung.

Alle Interessenten sind herzlich eingeladen! Hintergründe und weitere Termine, auch in anderen Stadtbezirken, siehe www.freiraume.org/termine.

■ Norbert Wilke

Foto: Salatbeet Waldgarten Barenthin. Foto Frank Wesemann



Interview mit Frank Viohl, Berater für Regionalentwicklung und CSA-Experten

Frank, wie bist Du zur Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau (FÖL) nach Berlin gekommen und wodurch wurdest Du auf Community Supported Agriculture (CSA) aufmerksam?

Frank: Im Herbst 2011 bin ich nach Berlin gekommen und konnte dann im Rahmen eines geförderten EU-Projektes eine Beratung von Landwirten anbieten, die für die Landwirte kostenlos war. Schnell gab es Kontakte zur FÖL und ich wurde dort Mitglied. Der FÖL, und hier nicht zuletzt Michael Wimmer, gefiel das solidarische CSA-Konzept und über den FÖL-Verteiler wurden Termine beworben und es gab auch gemeinsame Veranstaltungen.

Auf CSA wurde ich in Witzenhausen aufmerksam, dort befindet sich seit Jahren die Fakultät für ökologischen Landbau der Uni Kassel. Durch das studentisch geprägte Leben in Witzenhausen entstanden neue soziale und ökologische Innovationen. Das Konzept der CSA wurde bereits vor 20 Jahren auf dem Umweltgipfel in Rio als mögliche Alternative zur umweltschädlichen klassischen Landwirtschaft

vorgelegt. Die Idee wurde dann in den USA und Japan praktiziert. So gelangte die Idee auch nach Deutschland und nach Witzenhausen. In Berlin gibt es inzwischen Wartelisten, in die man sich eintragen kann, um Mitglied in einer Gemeinschaft zu werden.

Was ist CSA?

Frank: CSA kommt aus den USA und bedeutet Community Supported Agriculture, also die Stadtgemeinschaft unterstützt die Landwirtschaft. Eine Gemeinschaft von Stadtmenschen übernimmt Verantwortung für einen Bauernhof, sie überweisen einen festen Betrag an den Landwirt und dieser kann damit verbindlich planen, hat also die Garantie, seine Produkte auch zu 100% abzusetzen. Er muss nicht Tage auf Märkten verbringen und natürlich haben die „Stadtmenschen“ darauf Einfluss, welche Produkte angebaut werden. Diese werden in die Stadt zu einer zentralen Stelle gebracht und dort von den Mitgliedern der CSA-Gemeinschaft abgeholt. Die „Stadtmenschen“ haben jederzeit die Möglichkeit, sich vor

Ort ein Bild vom Anbau ihrer Produkte zu machen, gemeinsame Arbeitseinsätze werden ohnehin durchgeführt, und so entsteht ein enges Verhältnis zwischen dem Landwirt und den CSA-Mitgliedern. Der Landwirt erlangt Planungssicherheit, eine relative Existenzsicherung und die Abnehmer die Gewissheit, beim nächsten Lebensmittelskandal nicht zu den Betroffenen zu zählen.

Worin liegen die Beweggründe der Leute bei CSA mitzumachen?

Frank: Ganz klar, das Konzept der CSA ist nicht für jeden. Angesprochen fühlen sich Menschen mit Umweltbewusstsein, dem Verständnis für Zusammenhänge und Pioniere für neue Ideen. Interessant ist sicher das Dabeisein, wenn ein neues Konzept umgesetzt wird, für andere ist das Leben nach eigenen Werten besonders wichtig. Interessenten können auf den Höfen neue Anbaumethoden kennen lernen. Aus Sicht des Umweltschutzes spricht ebenfalls sehr viel dafür, kurze Wege zu den Abnehmern, wirklich kontrollierter und zertifizierter Bioanbau,

regionale Produktion, faire Preisgestaltung, Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum u.v.a.m.

Wie ist denn die momentane Situation in Berlin/Brandenburg?

Frank: Berlin wird derzeit von vier Höfen beliefert und es gibt 350 Ernteanteile (Abnehmer). Die Tendenz ist klar steigend. In Brandenburg liefern momentan zwei Höfe und es gibt drei CSA-Gruppen in Falkensee, je eine in Neuruppin, Oranienburg und Potsdam. Ach ja, die „Wilde Gärtnerei“, die 70 Abnehmer in Berlin beliefert, befindet sich auch in Brandenburg.

Die GRÜNE LIGA hat ja bei der Gründung einer CSA-Gruppe in Potsdam etwas Hilfestellung geleistet. Was ist aus den Bemühungen zur Gründung einer Gruppe in Potsdam geworden?

Frank: Die Potsdamer Gruppe startet mit der ersten Belieferung am 7. Juni. Der Abholort befindet sich auf dem Gelände des Potsdamer Freiland (Jugendzentrum) an der Friedrich-Engels-Straße. Bereits am 13. Mai fand eine Besichtigung des Waldgartens in Barenthin (dem Lieferbetrieb) bei Kyritz statt. Momentan haben sich 13 Potsdamer in die Mitgliederlisten eingetragen, mit 15 Teilnehmern wird der Start erfolgen. Noch können sich Interessenten melden, Wartelisten wie in Witzenhausen gibt es noch nicht.

Wie siehst Du die weitere Entwicklungsperspektive von CSA?

Frank: Die schätze ich als sehr gut ein, neue Ökohöfe sind gefragt einzusteigen. Die Verbund Ökohöfe Nordost unterstützen CSA sehr, auch von anderen Anbauverbänden gibt es Interesse. Die Vorteile von CSA liegen klar auf der Hand, ökologisch-regionaler, kleinbäuerlicher Anbau, tagesfrische Ernte, angemessene Preise, Wertschätzung gegenüber dem Landwirt, eine kurze Wertschöpfungskette, Ernährungssouveränität, Mitbestimmung bei der Anbaupalette und bei der Preisgestaltung und eine Gemeinschaftsbildung Gleichgesinnter. Hinzu kommt die Entwicklung für eine bessere gesellschaftliche Zukunft, in der sinnvolle regionale Kreisläufe gegenüber globalen Finanz- und Warenströmen gestärkt werden. Davon haben alle etwas. ■ Norbert Wilke



Foto: Frank Viohl

Frank Viohl

Geboren 15.07.1960, verheiratet, 2 erwachsene Söhne, arbeitet und lebt seit November 2011 in Berlin

Beruf: Bankkaufmann, Verwaltungsprüfung II

Bisherige berufliche Schwerpunkte:

langjährige Leitung eines kirchlichen Tagungshauses im Süden Sachsen-Anhalts,

Tätigkeit als Dozent in der Erwachsenenbildung

studierte Sustainable Money Design an der Gaia University Deutschland (M.Sc.)

Initiator der Regionalwährung Kirschblüte in Witzenhausen 2004

Initiator der Transition Town-Bewegung „Wie wollen wir leben – Stadt im Wandel“ in Witzenhausen 2009

arbeitet derzeit als freier Berater, u.a. für iq consult, in Berlin und Umland
www.freiräume.org



Samenbau Nordost Biosaatgut aus Mecklenburg

Samenbau Nordost Kooperative ist ein Zusammenschluss von vier Gärtnerbetrieben, die biologische Saatgutvermehrung von Gemüse, Zierpflanzen und Kräutern betreiben. Wir bauen vornehmlich alte Sorten, Raritäten und Wildpflanzen an. Unser Ziel ist es, Privatgärtnern, Selbstversorgern und Direktvermarktern gute Sorten zur Verfügung zu stellen, die standortangepasst, freilandtauglich und robust sind, guten Geschmack und schönes Aussehen haben, weiter gute Erträge auch in ungünstigen Jahren bringen und eine lange Ernteperiode haben. In diesen Bereichen sind alte Sorten unter Umständen besser geeignet als moderne Sorten, die zum Beispiel häufig für die industrielle Einmalernete gezüchtet werden oder bei denen Transportfähigkeit wichtiger wird als besondere Geschmacksqualitäten. Wir arbeiten nach den Richtlinien der EG-Ökoverordnung und sind den Anbauverbänden Demeter und Verbund Ökohöfe angeschlossen. Wir verstehen uns als Kooperationspartner für die Vereine zum Erhalt der Nutzpflanzenvielfalt, sind Mitglieder im V.E:R:N: und V:E:N:. Als biologisch wirtschaftende Gärtner/innen bauen wir weder gentechnisch veränderte Pflanzen noch Hybriden an.

Ökohof Waldgarten

Auf ca. 2 ha werden alte Gemüse- und Obstsorten angebaut. Wo es geht, wird mit Pferden gearbeitet. Verkauft werden die Produkte auf dem Wochenmarkt in Berlin. Kontrolliert wird der Betrieb nach den Richtlinien des Verbund Ökohöfe. DE-021-Öko-Kontrollstelle

Kontakt: Frank Wesemann, Schönmarker Weg 23, 16866 Barenthin
Tel.: 033972/41458

Das Umweltschadensgesetz

Nunmehr ist die zweite Auflage des Buches „Umweltschadensgesetz“ im Kommunal- und Schulverlag erschienen. Mit dem Umweltschadensgesetz wurde die EU-Richtlinie über die Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden umgesetzt.

Das Gesetz wird auch in der Neuauflage in rechtlicher und fachlicher Hinsicht erläutert, wobei besonderes Gewicht auf Praxis-Beispiele gelegt wird. Der Inhalt ist systematisch aufgebaut, so dass sich ein Schritt aus dem anderen ergibt – bis hin zu den Bereichen Verwaltungsvollstreckung und Rechtsschutz.

Das Buch wendet sich an alle, die mit der Frage zu Umweltschäden konfrontiert werden, seien es Verwaltungsbehörden, Gerichte, Rechtsanwälte, Versicherungsgesellschaften, Umweltverbände, Planungsbüros oder auch Studierende der einschlägigen Fachdisziplinen.

Der Autor Erich Gassner leitete viele Jahre das Referat „Eingriffe in Natur und Landschaft“ im Bundesumweltministerium. Seit 15 Jahren ist er als Rechtsanwalt im Bereich des Umwelt- und Planungsrechts tätig. Sein Kollege, der Autor Hans-Joachim Schemel ist Landschaftsarchitekt und Stadtplaner und seit 1983 als Inhaber eines Büros für Umweltforschung, Stadt- und Regionalentwicklung mit der Erarbeitung praktischer Gutachten und wissenschaftlicher Projekte betraut.

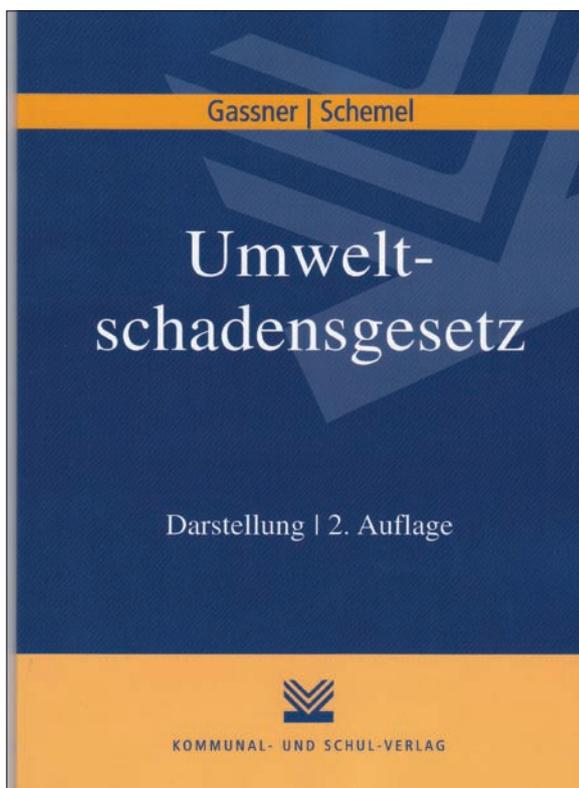
Das Buch (ISBN 978-3-8293-0992-9) kann ab sofort im Buchhandel bestellt werden.

■ Norbert Wilke

Christoph Rudel in den Unruhestand verabschiedet

Im Dezember vergangenen Jahres beging Christoph Rudel seinen 65. Geburtstag. Damit verbunden war auch seine Verabschiedung als langjähriger Geschäftsführer des Verkehrsclub Deutschland (VCD) in Brandenburg. Christoph wird nun im Unruhestand für eine bessere Verkehrspolitik im Land, hier vor allem in seiner Heimatregion Oberhavel, aktiv werden. Wir wünschen ihm alles Gute, Gesundheit und viel Schaffenskraft.

■ Norbert Wilke



Vormerken – 20 Jahre Landesbüro – 20 Jahre GRÜNE LIGA Brandenburg

Gemeinsame Veranstaltung des Landesbüros anerkannter Naturschutzverbände und der GRÜNEN LIGA Brandenburg zum Planungsrecht und zur Bürgerbeteiligung am 29. September 2012 im Haus der Natur (Reimar-Gilsenbach-Saal) in Potsdam anlässlich der Gründung vor 20 Jahren.

■ Norbert Wilke



Christoph Rudel (links) während seiner Verabschiedungsfeier. Kai Heinemann (mitte) und Norbert Wilke (rechts) danken im Namen der GRÜNEN LIGA für die jahrelange gute Zusammenarbeit! Foto: Förderverein Haus der Natur

Dr. Hans-Joachim Bormeister zum 85. Geburtstag



Dr. Hans-Joachim Bormeister an seinem Geburtstag in Zehdenick.
Foto: GRÜNE LIGA Oberhavel

Der gebürtige Templiner gehört zweifellos zu den renommiertesten Naturschützern in Brandenburg. Noch 1944 wird der 17jährige zur Wehrmacht eingezogen und gerät in englische Kriegsgefangenschaft, aus der er am 30. Dezember 1945 entlassen wird. Er holt das abgebrochene Abitur nach und beginnt ein Studium an der Eberswalder-Forst Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Er promoviert 1963 über die „Vegetationsentwicklung nach Ackeraufforstung.“

Als ihm das Angebot ins Haus flatterte, eine kirchliche Forstverwaltung aufzubauen, zögert er nicht. Von Hause aus ist er der Kirche verbunden, schon während der Studienzeit machte er sich als Vertrauensstudent der evangelischen Studiengemeinschaft einen Namen und bis vor wenigen Jahren war er im Gemeindekircherat und in der Kreissynode aktiv. Hans-Joachim Bormeister begann 1957 seine Arbeit als Forstreferent im Sekretariat der evangelischen Kirche in der DDR. Das kirchliche Eigentum in der DDR wurde, z. B. durch die Bodenreform, nie vom Staat angerührt. Als kirchlicher Forstmann hatte Bormeister auch die Möglichkeit Fachveranstaltungen in Westeuropa zu besuchen und Fachliteratur aus dem „Westen“ zu bekommen. Sein Leben-

scredo lautet: „Nur was ich kenne, schätze ich, was ich schätze, schütze ich.“

Bereits 1954 wurde eine Ornithologische Gruppe in Zehdenick gegründet. Den späteren Vereinsgründern ist es zu danken, dass die erste, von Kurt Kretschmann in Bad Freienwalde entwickelte, Naturschutzausstellung auch in Zehdenick zu sehen war.

Vom 29. Juli bis zum 5. August 1951 (!) gastiert die Ausstellung im Rathaus der Stadt. Bormeister gehörte zu den Mitbegründern der am 2. März 1962 in Zehdenick gegründeten Fachgruppe Ornithologie des Kulturbundes der DDR. Als erster Vorsitzender wurde Günter Hübner gewählt. Weitere wichtige Mitglieder waren die Familien Urbahn und Litzbarski. Bald schon wurde die Themenpalette der Gruppe mit der neuen Namensgebung „Natur- und Heimatfreunde & Ornithologie“ erweitert. Nach dem Wegzug von Günter Hübner übernahm Dr. Bormeister die Gruppe und leitete sie über 40 Jahre lang! Diese Gruppe war anfangs die einzige Naturschutzgruppe im Altkreis Gransee und diente dem Zusammenhalt und Erfahrungsaustausch naturschutz-

interessierter Menschen. Wichtig waren auch die gemeinsamen Exkursionen, wie z. B. an die Müritz, in den Odernationalpark oder zu den Ivenacker Eichen. Regelmäßig wurden Vorträge organisiert. Bereits zu DDR-Zeiten wurde Dr. Bormeister für seine langjährige, ehrenamtliche Kulturbundarbeit mit der „Johannes R. Becher Medaille“ in Silber ausgezeichnet. Schon vor der „Wendezeit“ wurde er zum Sprachrohr der Naturschutzbewegung, die mit der Gründung der Gesellschaft für Natur und Umwelt, weiterer Fachgruppen, kirchlicher Umweltgruppen und nicht zuletzt durch die Gründung der Naturschutzstation Woblitz im Kreis im Aufschwung begriffen war. Er konnte als Forst-, Jagd- und Naturschutzfachmann Dinge öffentlich machen, ihm schenkte man Gehör. Viele Zeitungsartikel, wie z. B. über den Biber, den Fischotter oder der Aufruf zur Erfassung von Kleinsäufern im Altkreis stammten aus seiner Feder.

Als 1986 der Pulverturm in Gransee von der Interessengemeinschaft Denkmalpflege gereinigt wurde, fanden wir eine

meterdicke Schicht von Schleiereulengewölle. Es wurden Proben entnommen und Dr. Bormeister kümmerte sich darum, dass diese zum Institut für Naturschutz (IfN) nach Halle und zu Dr. Litzbarski nach Buckow geschickt wurden. Hieraus ergaben sich wichtige Artnachweise für die Region Gransee. So entstand mein erster Kontakt zu Dr. Bormeister.

Als am 3. Januar 1990 in seiner Heimatstadt die Kreisgruppe der GRÜNEN LIGA gegründet wurde, gehörte Dr. Bormeister zu den Mitbegründern. Seit der Berufung eines Naturschutzbeirates durch den Landkreis Gransee gehörte er diesem viele Jahre lang an.

Im Jahr 1992 endete seine Arbeit für die Kirchenforst nach 35 Dienstjahren. Die evangelische Forstverwaltung wurde danach aufgelöst, schließlich gab es so etwas nur in der DDR.

Dr. Bormeister gehörte er zu den Mitbegründern der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ (SDW) in Brandenburg und war viele Jahre Landes- und Mitglied des Bundesvorstands der SDW. Am 5. März 1999 erhielt er vom damaligen Brandenburgischen Forstminister Gunter Fritsch das Bundesverdienstkreuz für sein Lebenswerk verliehen. Dr. Bormeister ist wohl der dienstälteste Naturschutzhelfer im Landkreis Oberhavel. Er ist ein exzellenter Kenner von Flora und Fauna im Zehdenicker Umland. Immer wieder mahnte er einen konsequenten Artenschutz an, verwies auf das Schicksal der Großtrappe im Kreis (die letzte Herde mit 12 Tieren verendete 1976 bei Bergsdorf innerhalb eines Jahres nachdem eine Hochspannungsleitung über deren Balzplatz gebaut wurde), nannte die Zwergdommel, die infolge einer ungebremsten Nutzung der Tonstichlandschaft in den letzten Jahren verschwand oder die Blauracke, die in den 60iger Jahren noch bei Zehdenick vorkam. Am 16. Mai beging Dr. Hans-Joachim Bormeister in Zehdenick seinen 85. Geburtstag.

Hierzu möchten wir recht herzlich gratulieren.

■ Norbert Wilke

10. Havelbadetag in Schmergow

Der nunmehr 10. Havelbadetag wird am 8. Juli in Schmergow am Trebelsee stattfinden. Es wird einen Regionalmarkt geben (keine Standgebühr).

Programm:

- 11.00 Uhr Eröffnung durch die Bürgermeister der Mittleren Havel
 14.00 Uhr Symbolischer Sprung in die Havel
 zeitgleich mit dem europaweiten Big Jump an Rhein, Elbe und Donau
 15.00 Uhr Beitrag Karnevalsverein Schmergow
 15.30 – 16.30 Uhr Kinderprogramm Accordina
 Musikalische Umrahmung mit dem Blechbläserquartett „Blechzeit“
 und DJ Timo Fanselow
 Moderation: Holger Geue

Infostände:

- Basteln mit Kindern, Kindergarten Schmergow

Versorgung:

- Bierstand durch die Gaststätte Dannenberg
- Grill durch die FFW Schmergow
- Fisch aus dem Räucherofen durch den Anglerverein Schmergow
- Eintopf aus der Gulaschkanone durch die Gaststätte Fröhlich
- Kaffee und Kuchenbüfett durch den Kindergarten Schmergow
- Schmalzstullen durch den Heimatverein Schmergow

HAVELBADETAG 2012



SONNTAG, 8. JULI, 11 BIS 18 UHR
SCHMERGOW AM TREBELSEE/HAVEL

TALK LIVE-MUSIK KINDERPROGRAMM SPRUNG IN DIE HAVEL

Wasserwanderrastplatz Phöben und Lehnin

Zur Entwicklung des Wassersports in der Region Mittlere Havel plant der Förderverein Mittlere Havel einen Wasser- und Radwanderrastplatz in Werder (Havel) im Ortszentrum von Phöben. Die Havel sowie der Havelradweg sind beliebte Ausflugsstrecken. Mit Unterstützung von Fischer Burkhard Freidank hat der Förderverein ein Konzept für ein Servicegebäude mit Aufenthaltsmöglichkeit sowie Freiflächen und Steganlage entwickelt. Erste Gespräche mit der Stadt Werder und dem Wasser- und Schifffahrtsamt haben stattgefunden. Am Kessel in Lehnin wurde am 11. Mai um 11 Uhr der Wasserwanderrastplatz eröffnet. Internetauftritt unter www.die-havel.de mit Terminen und Infos des Fördervereins Mittlere Havel

BI FREIE HEIDE erhielt den Preis für Zivilcourage und Gemeinsinn 2012



Liebe Leser des Liga-Libell, die Bürgerinitiative schrieb im März: „Liebe Empfänger und Empfängerinnen unserer Infopost, mit diesem Brief verabschieden wir uns nach fast 20 Jahren. Im Sommer 1992 gründete sich unsere BI. Nun, im Frühjahr 2012, können wir nach arbeitsreichen, turbulenten, mitunter anstrengenden, aber auch sehr bewegten Jahren sagen, unsere Aufgabe ist erledigt. Daher bereitet der Verein die Auflösung vor.“

Die Kyritz-Ruppiner Heide wird künftig friedlich genutzt. 4.000 Hektar im südlichen Bereich werden von der Sielmann-Stiftung im Rahmen des Nationalen Naturerbes verwaltet. Die restlichen 9.000 Hektar bleiben in der Hand der Bundesimmobilienanstalt, die sich ebenso einer naturschutzrelevanten Nutzung verpflichtet sieht. Die Öffentlichkeit und die kommunalen Verwaltungen achten zukünftig darauf, dass dies auch so bleibt.

In der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) werden weiterhin gemeinsame Vorstellungen hinsichtlich der Entwicklung der Heide abgestimmt. Dabei ist und bleibt sie jedoch nur ein beratendes Gremium. Landrat i. R. Christian Gilde hat seinen Vorsitz Anfang des

Jahres abgegeben, zum Nachfolger wurde der Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin, Ralf Reinhard, gewählt. Wir danken an dieser Stelle Christian Gilde noch einmal für sein Engagement hinsichtlich der friedlichen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide.

In den vergangenen 2,5 Jahren ist die BI immer wieder zur Ermutigung anderer Initiativen eingeladen worden, gerne sind wir dem nachgekommen und werden dies auch weiterhin tun, denn wir haben ja erlebt, bürgerschaftliches Engagement lohnt sich!

Ganz aktuell sind wir nun auch Anfang März 2012 für dieses Engagement ausgezeichnet worden – mit dem Sonderpreis für Zivilcourage und Gemeinnutzen vom Tourismusverband Brandenburg auf der ITB in Berlin.

Nachdem wir im letzten Jahr die Dokumentationstafeln über den Widerstand gegen das Bombodrom rund um die Heide aufstellten, haben wir den Inhalt dieser Tafeln, ergänzt um die Chronik und viele Fotos, nun in einer Broschüre auf 88 Seiten zusammengefasst. Diese kann gegen eine Spende von 10 Euro (Herstellung- und Versandkosten) in den kommenden Wochen (solange der Vorrat reicht) bei uns bestellt werden – postalisch

oder über buero@bi-freieheide.de.

Eine erfüllende und eindrucksvolle Erfahrung war es, sich mit so vielen und sehr verschieden geprägten Menschen gemeinsam für ein Ziel einzusetzen und dieses auch miteinander zu erreichen,

- mit anderen Initiativen (genannt seien Freier Himmel, Pro Heide, Pro Urlaub)
- mit allen, die sich an Protestwanderungen oder anderen Aktionen beteiligten,
- mit denen, die mitunter für säckeweise Post für den Bundestag sorgten,
- mit denen, die sich über Parteigrenzen hinweg in die Bürgerbewegung einreihen
- und ganz besonders mit denen, die sich regelmäßig an Vorbereitungen und Durchführungen von Aktionen, an Hunderten von Sitzungen beteiligt haben und ohne deren Arbeit die Kontinuität nicht möglich gewesen wäre.

Sehr herzlich möchten wir all denen danken, die durch ihre Spenden immer für ausreichende Finanzen sorgten.

Wir verabschieden uns von Ihnen und wünschen alles Gute, zum einen persönlich und zum anderen für neue spezielle oder gemeinsame Vorhaben! Vielleicht kann dabei etwas von der erlebten Kraft dieser Bürgerbewegung weiter wirken.

Ihr Postversandteam der BI, das in den letzten Jahren im Kern aus Ingrid und Uwe Kittler, Gerda und Gerhard Blümchen, Brigitta Kühn und Benedikt Schirge bestand.

■ Bürgerinitiative FREIE HEIDE

Danksagung

Auch wir möchten uns für die jahrelange gute Zusammenarbeit recht herzlich bei der BI FREIE HEIDE bedanken und hoffen, dass wir viele Mitstreiter bald wiedersehen werden. Es gibt genug zu tun und bürgerschaftliches Engagement wird allorts gebraucht – auch in der GRÜNEN LIGA ☺!

■ Die Redaktion

GRÜNE LIGA unterstützt das Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am BER!

Liebe Leser und Unterstützer,

die GRÜNE LIGA Brandenburg bittet alle stimmberechtigten Bürger des Landes, dass derzeit laufende Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am Großflughafen „Willy-Brandt“ zu unterstützen.

Bekanntmachung über die Durchführung eines Volksbegehrens „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)“

Die Vertreter der Volksinitiative „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“ haben fristgemäß die Durchführung eines Volksbegehrens verlangt. Die Landesregierung oder ein Drittel der Mitglieder des Landtages Brandenburg haben innerhalb der Frist des § 13 Abs. 3 des Volksabstimmungsgesetzes (VAGBbg) keine Klage gegen die Zulässigkeit des Volksbegehrens anhängig gemacht. Das Volksbegehren kann durch alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger ab dem **4. Juni 2012 bis zum 3. Dezember 2012** durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten oder durch briefliche Eintragung auf den Eintragungsscheinen unterstützt werden. Gemäß § 17 Abs. 2 VAGBbg können die Bürgerinnen und Bürger ihr Eintragsrecht durch Eintragung in die amtliche Eintragungsliste nur bei der Abstimmungsbehörde der Gemeinde ausüben, in der sie ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung oder, sofern sie keine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben, ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben; diese Bürgerinnen und Bürger können ihr Eintragsrecht jedoch auch bei den zu Buchstabe A) angeführten weiteren Eintragungsstellen ausüben. Eintragungsberechtigt sind gemäß § 16 VAGBbg in Verbindung mit §§ 5 und 7 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes (BbgLWahlG) alle deutschen Bürgerinnen und Bürger, die zum Zeitpunkt der Eintragung oder spätestens am **3. Dezember 2012**, das 16. Lebensjahr vollendet haben, also vor dem 4. Dezember 1996 geboren sind, seit mindestens einem Monat im Land Brandenburg ihren ständigen Wohnsitz oder, sofern sie keine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben, ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, sowie nicht nach § 7 BbgLWahlG vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

A) Unterstützung des Volksbegehrens durch Eintragung in Eintragungslisten

Das Volksbegehren kann durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten in den ausgewiesenen Eintragungsräumen der Abstimmungsbehörde bis Montag, den 3. Dezember 2012, unterstützt werden.

■ Norbert Wilke

VOLKS BEGEHREN
Brandenburg
BER-NACHTFLUG-VERBOT
22-6 Uhr
ab 4.6.
u. a. in allen Rathäusern, Gemeindeämtern
UNTERSCHREIBEN



Impressum

Herausgeber und Verleger:

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.,
Haus der Natur
Lindenstraße 34,
14467 Potsdam
Tel.: 0331 - 20155 20
Fax: 0331 - 20155 22
potsdam@grueneliga.de
www.grueneliga-brandenburg.de

Redaktion:

Norbert Wilke, Christine Titel, Gabriele Müller, Michael Ganschow, Friedrich Szameitat, Tashina Kollat und Katrin Fahrenz (Libell-Logo)

Erscheinungsweise: quartalsweise
Preis: 1,00 Euro bei Mitgliedern im Beitrag enthalten
Auflage: 1.200 Exemplare

Bankverbindungen:

VR Lausitz-Bank
BLZ: 18062678
Geschäftskonto: 55 000
Rechtsschutz: 100055000
Spendenkonto: 200055000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.